

Haushaltsberatungen

Großer Ärger bei CDU über das Verfahren

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmte in der mehrstündigen, von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung am 4. Dezember über die Änderungsanträge der Fachausschüsse und der Ausschußfraktionen zum Haushaltsentwurf 1998 ab. Außerdem waren die durch eine 225 Seiten dicke Ergänzungsvorlage (12/2580) eingearbeiteten Mindereinnahmen in den Ressorts mit einem Volumen von zwei Milliarden Mark zu beschließen. An die 80 Beamte aus allen Ministerien waren anwesend. Für den Finanzminister sprach Staatssekretär Ernst Gerlach. Große Verärgerung bei der oppositionellen CDU lösten die 55 gemeinsam von den Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNEN des Haushaltsausschusses vorgelegten Anträge bei der CDU aus, die erst am Vortag verteilt worden waren.

Zunächst bedauerte CDU-Sprecher Helmut Diegel das unparlamentarische Verfahren, wonach die Ergänzungsvorlage in den Fachausschüssen nicht mehr beraten werden könne, nachdem im Ältestenrat eine von der Opposition beantragte Terminverschiebung um eine Woche abgelehnt worden war. Dann gab es zahlreiche Nachfragen der CDU zu Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen im GFG und im Haushaltsgesetz. Daß das Land jetzt auch Kreditgarantien nicht nur für Vorhaben, sondern auch für Lieferungen von NRW-Firmen in osteuropäische Staaten übernehme, wurde mit Wünschen mittelständischer Bergbauzulieferer begründet. Die CDU hatte eine zusätzliche Subventionierung der Steinkohleförderung vermutet und Kürzungen in wichtigen Bereichen der Landespolitik dagegen gehalten. Angezweifelt wurde auch eine hohe Ausweitung der Wohnungsbauförderung. Bestätigt fühlte sie sich dagegen durch neue Zweckbestimmungen für die Verwendung von Grundstock-Mitteln, die ein auch von ihr befürwortetes „aktives Immobilien-Management“ ermöglichen. Bei den Änderungen in den Einzelplänen hielt Winfried Schittges (CDU) die Kürzung der pauschalen Zuweisungen für Asylbewerberleistungen um mehr als 300 Millionen Mark für nicht mehr nachvollziehbar. Innenstaatssekretär Wolfgang Riotte belegte jedoch den zahlenmäßig starken Rückgang der Asylbewerber. Beim Hochschul-Etat warnte Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) vor Einsparungen bei investiven Ausgaben im Rahmen der mit der Finanzautonomie



Auf viele Papiere mit den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse zum Haushaltsentwurf 1998 und mit Änderungsanträgen der Fraktionen griffen die Ressortbeamten bei der Schlußsitzung des Haushaltsausschusses zur 2. Lesung zu.

der Hochschulen zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe, die zum Überschreiten der verfassungsmäßigen Verschuldungsgrenze führen könnten. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) ließ sich vom Finanzstaatssekretär zusichern, daß bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben die Verfassungsgrenze von Investitionen bis zur Höhe der Neuverschuldung eingehalten werde.

Aus dem Ressort Arbeit, Gesundheit, Soziales legte der Leiter des neuen Referats „Gleichgeschlechtliche Lebensformen“ mit vier Mitarbeitern Rechenschaft über die Ausgaben 1997 in Höhe von rund einer Million Mark ab (Vorlage 12/1817) und begründete den Ausgabenansatz für 1998 in Höhe von 1,6 Millionen Mark, dessen Notwendigkeit von der Opposition angezweifelt wurde. Rainer Lux (CDU) zitierte aus der Werbung für eine Veranstaltung, wo Frauen in der Lesbenszene lernen sollten, „sich lustvoll zu streiten“. Der MAGS-Vertreter räumte Anfangsschwierigkeiten ein, nachdem er die Lesbenszene, anders als bei den Schwulen, als sehr vielfältig und schwierig für die Landesadministration dargestellt hatte. Weitere Nachfragen gab es beim Ressort Arbeit und Soziales zu Umschichtungen bei der Arbeitsförderung, wozu auch ein erheblicher Anstieg der Schülerzahlen in der Altenpflegeausbildung und damit der Ausgaben gerechnet wurde. Erstaunen löste die Erklärung eines Ressortbeamten für zwei Millionen Mark Einsparungen beim Staatsbad Oeynhausen aus, die Kostenbremse bei

Sach- und Personalkosten habe gegriffen. Nach Beratungen über den Haushaltstitel für das Medienkompetenzzentrum Marl im Wirtschaftsressort in vertraulicher Sitzung richtete Vorsitzender Dautzenberg die Frage an das Umweltministerium, ob für die neu bewilligten zwei Millionen Mark „zur Beschleunigung der wasserrechtlichen Erlaubnis“ für den Braunkohletagebau Garzweiler II schon ein Gutachten-Auftrag vorliege, ob also die Summe schon etatfrei sei. Vom Ressortvertreter und von Reinhold Trinius (SPD) wurde der Ansatz begründet mit einem absehbaren Gutachterstreit und mit der Vorsorge der Landesregierung, das Verfahren nicht aus Haushaltsgründen zu verzögern. Nachdem Helmut Diegel (CDU) den Koalitionsfraktionen ihre Streichliste bei Mitteln für Gutachten vorgehalten hatte, wies Trinius auf einen Kürzungsantrag bei Verpflichtungsermächtigungen hin.

Nach der Mittagspause standen die Änderungsanträge der Fraktionen des Haushaltsausschusses zur Abstimmung. CDU-Sprecher Helmut Diegel monierte, die Opposition habe wegen der späten Vorlage der SPD-/GRÜNEN-Anträge keine Gelegenheit, sich mit den Fachkollegen rückzukoppeln. Als sich dann herausstellte, daß es dabei nicht nur um Umschichtungen bei einzelnen Titeln, sondern um eine Neuorganisation des Katastrophenschutzes als nunmehr Teil des Feuerschutz- und Rettungswesens ging, war von „Überfallkommando“ und noch nie dagewesener Be-

(Fortsetzung auf Seite 8)



Zu Beginn der Schlußsitzung des Haushaltsausschusses zur 2. Lesung sah es nach einem normalen Beratungsverlauf aus, v.l. Reinhold Trinius (SPD) neben Referent Jürgen Funke und Ernst-Martin Walsken (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) neben Referent Hans Verheyen und Dr. Manfred Busch (GRÜNE), Helmut Diegel (CDU, vorn) neben Referent Werner Hommen, Winfried Schittges und Peter Bensmann (CDU).

Fotos: Schälte

Fluglärm

Kontrollen und viel Geld

Im Verkehrsausschuß trug Minister Wolfgang Clement am 27. November zum Lärmschutz vor, die Landesregierung schöpfe ihre Möglichkeiten zur Lärminderung an Flughäfen voll aus. Aktive Lärmschutzmaßnahmen durch Flugbetriebsbeschränkungen könnten nur angeordnet werden, soweit sie mit den Verkehrsaufgaben eines Flughafens vereinbar seien. Zentrales Element sei die Bekämpfung des Fluglärms an der Quelle. Modernes, lärmarmes Fluggerät könne durch Landegebühren und Nachtflugbeschränkungen begünstigt werden. An den Verkehrsflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn sei innerhalb der Kapitel-3-Flugzeuge durch die Bonus-Liste für Flugzeuge mit deutlich geringerem Startlärm als andere Kapitel-3-Flugzeuge eine zusätzliche Umweltschutzkomponente eingeführt worden. Die Nachtflugregelung für Köln/Bonn habe er vor wenigen Wochen verschärft. Für Strahlflugzeuge nach Kapitel 2 gelte ein totales Nachtflugverbot und stufenweise Ausdehnung des Verbots auf Tagesrandstunden.

Die Fluglärmentwicklung, erläuterte Clement, werde überwacht und durch Zentralrechner mit 13 Außenmeßstellen ständig kontrolliert. Die Fluggesellschaften würden in monatlichen Lärmbulletins auf Überschreitungen hingewiesen und zur Abhilfe aufgefordert. Bei der Deutschen Flugsicherung würden An- und Abflugverhalten analysiert und optimiert.

Für passiven Lärmschutz durch bauliche Schallschutzmaßnahmen habe die Flughafengesellschaft Düsseldorf 16,6 Millionen Mark an 1731 Wohneinheiten gezahlt, darüber hinaus weitere 20 Millionen Mark für flankierende Maßnahmen an 2073 Wohneinheiten und eine Schule. Für 76,7 Millionen Mark seien in Lohausen Grundstücke aufgekauft worden, um freiwillige Umsiedlung zu erleichtern. Innerhalb eines Nachschutzbereiches seien 10,7 Millionen Mark für Schallschutz an Schlafräumen ausgezahlt worden.

Die Flughafengesellschaft Köln/Bonn habe ein Lärmschutzprogramm von 120 Millionen Mark aufgelegt, mit dem bis zum Jahr 2000 in den Schlafräumen von 12 000 Wohnungen Schallschutzfenster mit schallgedämpfter Belüftung eingebaut würden.

An Verkehrslandeplätzen sollten der besonders störende Platzrunden- und der Schulflugbetrieb reduziert werden. Fluglärmkommissionen seien berechtigt, der Genehmigungsbehörde Maßnahmen vorzuschlagen. Für fünf hochfrequentierte Verkehrslandeplätze seien Lärmschutzbeiräte gebildet worden.

Auf eine Frage von Heinz-Helmich van Schewick (CDU) versicherte Leitender Ministerialrat Hünermann, der Bestandsschutz für (lautes) Fluggerät gelte nach dem Weggang eines Transportunternehmens nicht für ein nachfolgendes Unternehmen. Peter Eichenseher (GRÜNE) kommentierte, jede Bemühung sei zwecklos, wenn ständig der Luftverkehr anwachse. Die Daten der Flugrouten-Überwachung müßten zeitnah und am gleichen Tag übermittelt werden wie in den Nachbarländern.

Frauenausschuß

Lob für Ministerin

Im Ausschuß für Frauenpolitik kündigte in der von Helga Giebelmann (SPD) geleiteten Sitzung am 21. November die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, nach ihrem Bericht über das „Quoten-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs ein Landesgleichstellungsgesetz an. Ein Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport berichtete über Frauen- und Mädchenförderung des Ressorts sowie über Initiativen und Modellprojekte. In einer weiteren Sitzung stimmte der Frauenausschuß am 27. November über Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 1998 ab.

Zur Beratung des Einzelplanentwurfs 11 (Ministerium für die Gleichstellung) lagen neun Änderungsanträge der Fraktionen vor. Den einzigen CDU-Antrag: 10 000 Mark mehr für die Arbeit des Landesfrauenrats lehnte die Mehrheit ab. Die CDU stimmte jedoch zwei SPD-/GRÜNE-Anträgen zu, nämlich Zuschüssen für eine zentrale Anlaufstelle bei organisierter sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen und für das (erfolgreich arbeitende) Netzwerk behinderter Frauen und Mädchen. SPD und GRÜNE setzten mehrheitlich 330 000 Mark für einen vierten Dienstleistungspool durch, ferner 600 000 Mark mehr für Zufluchtstätten für von Gewalt betroffene Mädchen, 1,25 Millionen Mark für autonome Fraueninitiativen bei sexualisierter Gewalt und 800 000 Mark mehr für Selbstbehauptungskurse an Schulen und Sexualaufklärung.

In der Sitzung am 21. November gab es nach dem Bericht zur Frauen- und Mädchenförderung im Ressort Stadtentwicklung, Kultur und Sport Lob aus allen Fraktionen für die abwesende Ministerin Ilse Bräus. Angelika Gemkow (CDU) schlug eine Ausschußbereinigung und weitere Behandlung der Einzelaspekte einschließlich des Sports vor, wobei sie mehr Einfluß für Übungsleiterinnen befürwortete. Brigitte Speth (SPD) äußerte sich angetan über die durchgängige Berücksichtigung von Frauenaspekten und die Vernetzung der Bereiche Kultur und Sport mit der Stadtentwicklung. Marianne Hürten (GRÜNE) brachte es auf den Punkt: Das integrative Denken im Ressort gehe auf die Frau an der Spitze zurück.

Abteilungsleiter Hans Brauser hatte zuvor das Konzept der vitalen und multifunktionalen Stadt erläutert. Attraktive Stadtteile bedeuteten auch mehr Sicherheit und weniger Angst. An „Angsträumen“ setzten die Strategieüberlegungen an. Eine Erfolgsbilanz konnte Brauser auch beim Thema Frauenkultur vortragen: internationaler Kongreß „Frau Musica Nova“ in Köln, Verzeichnis bildender Künstlerinnen auf CD-ROM, Ausstellungen, Stipendien, Preise. Zum Breitensport seien in 13 Städten Aktionstage durchgeführt worden. Ein Trainingskonzept für Mädchen im Leistungssport sei entstanden.

Großer Ärger ...

(Fortsetzung von Seite 3)
rungsweise die Rede. Die Opposition lehnte alle Änderungsanträge ab, die mit der Ausschußmehrheit dann angenommen wurden. Reinhold Trinius (SPD) verwies auf die Möglichkeit zu Änderungsanträgen zwischen der zweiten und der dritten Lesung, die in der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses am 12. Dezember beraten werden könnten.

In ihren Änderungsanträgen hatte die CDU 1 000 neue Lehrerstellen beantragt, um die Unterrichtsversorgung angesichts steigender Schülerzahlen sicherzustellen. Dafür hielt sie Kürzungen oder Wegfall von Ausgaben für die soziale Betreuung von Flüchtlingen, für Schulversuche, Arbeitnehmerweiterbildung, den Diskurs über Gentechnologie, für Soziale Betriebe, Untersuchungen, Modellversuche, Sachmittel beim Landesinstitut Soest und beim Verstärkungstitel für Personalausgaben für möglich. Außerdem wollte die CDU das Personal der Steuerfahndung verstärken und bei der Rechtspflege die Stellenbesetzungssperre außer Kraft setzen. Ferner beantragte sie, eine Stellenbörse für die gesamte Landesverwaltung einzurichten, um besser auf die Bewirtschaftung von kw-Vermerken und vakanten Stellen reagieren zu können.

Sprachheilpädagogen

In der Sitzung am 13. November befaßte sich der Haushalts- und Finanzausschuß auf Antrag der GRÜNE-Fraktion erneut mit der Umsatzbesteuerung kassenzugelassener Sprachheilpädagogen/-innen. Die GRÜNE-Abgeordneten Daniel Kreutz, Dr. Stefan Bajohr und Dr. Manfred Busch verwiesen darauf, daß sich der Ausschuß schon 1994 mit dem Thema befaßt hatte und wollten wissen, wie die Landesregierung einen Landtagsbeschluß dazu umgesetzt habe. Leider sei das Problem immer noch nicht gelöst; auch in den Petitionsausschüssen des Bundestages und des Landtags NRW seien mehrere Petitionen von Betroffenen anhängig.

Das Finanzministerium stellte klar, der Bund sei für Änderungen des Umsatzsteuerrechts zuständig. Dazu wäre aber eine landesrechtliche Berufsregelung notwendig, damit Sprachheilpädagogen/-innen den Logopäden gleichgestellt und damit von der Umsatzsteuer befreit werden können. Nach dem Landtagsbeschluß habe das Arbeitsministerium NRW ein pragmatisches Anerkennungsverfahren für Sprachheilpädagogen/-innen mit Kassenzulassung mit einem Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren angeboten, das im Jahr 1996 von 16 Sprachheilpädagogen genutzt worden sei. Bei der berufsrechtlichen Anerkennung sei noch kein Ergebnis gefunden worden. Die zuständige Arbeitsgruppe der Fachbeamten der Länder habe vom Bundesgesundheitsministerium zunächst eine Bestands- und Bedarfsanalyse erbeten, um dann das weitere Verfahren besprechen zu können. Die Ausschußmitglieder zeigten sich unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen und beschlossen einvernehmlich, das Thema in der nächsten Sitzung erneut zu beraten und einen Beschluß dazu zu erarbeiten.
Silvia Winands

